

250 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. Mai 1969,  
betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, womit das Ausfuhr-  
förderungsgesetz 1964 neuerlich abgeändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll die Wirkungskdauer des Ausfuhrförderungsgesetzes 1964 um weitere 5 Jahre, das ist bis Ende 1974 erstreckt werden. Gleichzeitig soll der im § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes vorgesehene Haftungsrahmen von 13 auf 15 Milliarden Schilling erhöht werden.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 9. Juni 1969 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Finanzausschuß den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. Mai 1969, betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, womit das Ausfuhrförderungsgesetz 1964 neuerlich abgeändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 9. Juni 1969

G a m s j ä g e r  
Berichterstatter

Ing. Thomas W a g n e r  
Obmannstellvertreter